

Manuela Gregor
Sonderschulrektorin der Schule am Zille-Park, Berlin

Stellungnahme

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

**„Stand der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte
von Menschen mit Behinderungen im Bildungsbereich in
Deutschland“**

am 20. März 2013

Thema: „Stand der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Bildungsbereich in Deutschland“

Stellungnahme zum Fachgespräch des Deutschen Bundestages am 20.März 2013 von Manuela Gregor, Sonderschulrektorin der Schule am Zille-Park in Berlin-Mitte; Leiterin der Arbeitsgemeinschaft der SchulleiterInnen in Berlin-Mitte, Vorstand des Interessenverbandes der Berliner Schulleitungen (IBS), Mitwirkende im Arbeitskreis 9 in Berlin-Mitte (Jugendamt, Justiz, Jugendamt, Psychologen, Polizei, Clearingstelle, Schule etc.)

Zu diesem umfangreichen Thema allein über meine Schule zu sprechen, erscheint mir aufgrund meiner o.g. Verantwortlichkeiten nicht erstrebenswert, denn: Alles ist miteinander verbunden!

Das 2006 von der UNO – Generalversammlung in New York verabschiedete und 2008 in Kraft getretene Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen trat am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft. Diese Rechte sind unstrittig, und es war traurig genug, dass es erst ein Übereinkommen zur Durchsetzung dieser Rechte geben musste. Jedoch stellte diese Umsetzung aufgrund der vorgegebenen Zeitschiene zunächst bis 2011 eine große Herausforderung sowie unterschiedliche Herangehensweisen und Auffassungen zur Inklusion aller Beteiligten dar. Man glaubte, man könne innerhalb kürzester Zeit Inklusion ohne Voraussetzungen umsetzen und beschränkte die Konzentration auf Kinder mit Förderbedarf. Der Rechtsanspruch genügt, den galt es umzusetzen. So sahen es auch viele betroffene Eltern. Parallel dazu gab es Neuerungen im Rahmen von Schulreformen und es entwickelten sich erschwerte Bedingungen, die ich etwas später noch benenne. Zunächst wurde begonnen, FörderschülerInnen mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und denen im emotional-sozialen Bereich in die Regelschulen zu integrieren, da diese SchülerInnen augenscheinlich keine sichtbaren Barrieren hatten und somit nicht unbedingt die Barrierefreiheit erforderlich schien. In Berlin gab es zudem seit den achtziger Jahren bereits Erfahrungen im Rahmen der Integration, wenn auch mit einem anderen Integrationsverhältnis und anderen zugewiesenen Förderstunden.

2009 / 2010 wurden in den Berliner Bezirken Tempelhof - Schöneberg und in Marzahn/Hellersdorf Schulversuche zur Inklusion unternommen. Ein Beispiel zur Umsetzung der Inklusion in Berlin mit dem Vorrang für gemeinsames Lernen war das Projekt Inka in Berlin-Marzahn. Zunächst waren 6 Grundschulen anfänglich beteiligt, eine Förderschule mit dem Schwerpunkt „Lernen“ wurde dafür aufgelöst, später wurden auch zwei Sprachheilschulen zusammengelegt, wobei die Sekundarstufe der einen auslief. Innerhalb kürzester Zeit folgten Weitere.

In Mitte wurden in den letzten Jahren und werden bis Ende dieses Schuljahres insgesamt drei Sonderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen aufgelöst. Die SchülerInnen wurden in die Regelschulen integriert bzw. blieben in ihren Schulen, auch auf Elternwunsch. Die Schule am Zille-Park wird hier das einzig verbliebene Förderzentrum mit dem Förderschwerpunkt Lernen sein. Ein Konzept unserer Schule zur Veränderung im Rahmen der Inklusionsentwicklung liegt schon seit 2009 und in überarbeiteter Fassung seit 2011/12 in der Außenstelle Mitte bei der zuständigen Schulaufsicht und beim Bezirk Mitte vor. An Frau Kern von der Senatsverwaltung Abteilung II D wurde dieses auch herangetragen. Doch zunächst muss dem Rechtsanspruch der Eltern entsprochen werden.

Den Kolleginnen und Kollegen der Regelschulen, auch in anderen Bezirken Berlins, gelang es zunächst diese FörderschülerInnen (Förderschwerpunkte: Lernen; Sprache; Em. – soz - Bereich) überwiegend optimal einzugliedern, auch aufgrund vorhergehender positiv verlaufender Schulversuche und zum Teil auch entsprechender sächlicher Voraussetzungen z. B. in der Erika-Mann-Grundschule in Berlin-Mitte sowie engagierter Kollegen. Doch mit zunehmender Anzahl der FörderschülerInnen werden die Probleme komplexer und die Schulen müssen sich auf zunehmende Heterogenität einstellen. Das heißt: zum einen FörderschülerInnen mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache, geistige Entwicklung, emotional-soziale Entwicklung, Autismus etc.; zum anderen 20 % bildungsferne Elternhäuser in Berlin, nur 55%-65% der Kinder haben nach der Bindungstheorie sichere Bindungen (der Rest wird im emotional- sozialen Bereich auffällig) und es wird interkulturelle Kompetenz bei den Lehrkräften (Anforderungsprofil von Lehrkräften) und pädagogischem Personal vorausgesetzt. In Brennpunktgebieten in Berlin verschärft sich die komplexe Problematik. „Die Schulen müssen sich auf den Weg machen und endlich anfangen, Konzepte zu entwickeln etc.“, so heißt es von Seiten der Senatsverwaltung und Öffentlichkeit. Ich kann Ihnen versichern, das Engagement der Kolleginnen und Kollegen wurde über das Maß hinaus ausgereizt. Sie haben trotz der begleitenden Schwierigkeiten und fehlenden Voraussetzungen angefangen und den mitunter vor Ort widrigen Bedingungen ihr Bestes gegeben. Doch „Gut Ding will Weile haben.“. Inklusion heißt nicht nur „Gemeinsames

Lernen“ vor Ort. Den Schülerinnen und Schülern muss man in der individuellen Förderung auch gerecht werden können, jedem einzelnen. Inklusion erfordert eine weitgehend flexible, Ziel differenzierte Anwendung verschiedener Unterrichtsmethoden und organisatorischer Maßnahmen, um Bedürfnisse aller SchülerInnen zu verwirklichen. Dazu sind erfahrene und ausgebildete Pädagogen, Erzieher und Sonderpädagogen vor Ort erforderlich. Das heißt: Sonderpädagogen können nicht durch verkürzte Weiterbildungsmaßnahmen ausgebildet werden. Schließlich wurde für jeden einzelnen Förderschwerpunkt ein Hochschulstudium absolviert. Die Lehrerausbildung muss noch viel weiter an die realen Bedingungen angepasst werden. Auch im Rahmen der Inklusion gibt es derzeit Anzeichen, dass Inklusion nicht in jedem Fall zum Erfolg führt. Allgemein werden JÜL (Jahrgangsübergreifendes Lernen) – Klassen zum Teil wieder in Regelklassen umgewandelt, manche Kinder und Jugendlichen kommen in der Integration nicht zurecht. Das zeigt sich an unserer Schule durch SchülerInnen, die im z.B. 7./8. Jahrgang aus der Integration zu uns wechseln, wobei der Förderschwerpunkt Lernen auch aufgrund zunehmender Verhaltensprobleme und damit verbundenem andauerndem Schulleistungsversagen zuerkannt wurde und die Möglichkeiten der Förderung in der Regelschule begrenzt schienen. Verlässliche Studien hierzu gibt es derzeit nicht. Zunehmende Probleme in den Bereichen immer früher beginnender Schuldistanz, im Verhalten, in der Lernverweigerung und zunehmender Kriminalität aufgrund fehlender Perspektiven etc kommen erschwerend hinzu.

Formal braucht sich Berlin auf dem Weg zur inklusiven Schule nicht zu verstecken. Statistisch haben wir das gesteckte Ziel der 5% Hürde, der noch in Förderzentren beschulten Kinder, in Berlin fast erfüllt. Es werden derzeit 52,11 % integriert beschult. Doch werden wir den Bedarfen der SchülerInnen damit allein gerecht? Finden sie die Bedingungen, die sie für eine optimale Entwicklung brauchen? Schulreformen der jüngsten Zeit prophezeien optimale Bedingungen zum gemeinsamen Lernen. Zur Unterstützung der Umsetzung der Inklusion wurde eine Arbeitsgruppe durch die Senatsverwaltung ins Leben gerufen, deren Ergebnis stellte jedoch bei allen Beteiligten keine Zufriedenheit dar, weil es kostenneutral bedacht wurde. Eine weitere Arbeitsgruppe unter Leitung von Frau Volkholz beschäftigte sich erneut mit den Realisierungsmöglichkeiten. Die neuen und überarbeiteten Empfehlungen des Beirats für Inklusive Schule in Berlin sind seit kurzem veröffentlicht. Hier wird von verlässlicher, kontinuierlicher und vernetzter Zusammenarbeit sowie einer verlässlichen Grundausstattung gesprochen, von einer schrittweisen Umsetzung und längerfristigen Zeitschiene. Diese Gedanken haben wir Kollegen aus der Praxis immer unterstützt. Was mir zu kurz kommt ist die Übergangsregelung für die noch zu beschulenden SchülerInnen an Sonderschulen, die augenblicklich unterschiedlich umgesetzt wird. Ich hoffe, die Gleichbehandlung und Sicherstellung der Voraussetzungen gelten auch hier, solange die SchülerInnen die Sonderschulen besuchen. Der Weg zur Inklusion sollte auch für Sonderschulen möglich sein.

Inklusion im Bildungsbereich muss frühzeitig beginnen! Es ist Erfolg versprechend, wenn in einem umfassenden Bildungsprogramm die frühzeitige Entwicklung vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung als Einheit gesehen wird. Bildungsprogramme der einzelnen Einrichtungen müssen aufeinander abgestimmt werden. Das Betreuungsgeld wird aus der Praxis kritisch gesehen. Wir würden eine Investition im KITA - Bereich (ausreichende Plätze zu schaffen, sonderpädagogische Fachkompetenz) bevorzugen. Die individuelle Entwicklung im Übergang vom KITA - Bereich zur Primarschule, von der Primar- zur Sekundarschule bis hin zur Berufsschule sollte im Schulgesetz im Rahmen einer durchgängigen Bildung und im Bundesgebiet geregelt sein.

Doch wie sieht es tatsächlich aus? Es fehlen angepasste Rahmenlehrpläne (derzeit geplant) und ausreichende Unterstützungssysteme. Die Vor - Ort – Bedingungen (z. B. finanzielle Lage der Bezirke, komplexe Problematik der Schulsituation) lassen Inklusion oft nicht ausreichend zu, sozio - ökonomische Benachteiligungen können nicht aufgefangen werden, auch aufgrund der bisher zugewanderten Familien, Flüchtlinge und der aktuellen Problematik der Zuzüge aus Osteuropa sowie der steigenden Verarmung. Das Bildungs- und Teilhabepaket sollte die Lernförderung voran bringen, stattdessen wurde es zum Verwaltungsdesaster. Barrierefreiheit ist oft nicht gegeben. Starre Zuweisungen der SchulanfängerInnen ohne Berücksichtigung von pädagogischen Besonderheiten führen pädagogische Konzepte und Schulprofile ad absurdum. Die räumlichen Voraussetzungen sind nicht ausreichend. Aufgrund steigender Schülerzahlen reichen die Kapazitäten nicht aus. Der Widerspruch zwischen Versorgungspflicht und Qualität verschärft die Raumproblematik. Ebenso müssen sich die Schulen mit einem Lehrer- und Fachlehrermangel, fehlenden Erziehern (auch im KITA - Bereich, derzeit noch keine ausreichenden Plätze vorhanden) und Sozialpädagogen auseinandersetzen. Um diese Mängel auszugleichen, müssen wir zunehmende befristete Einstellungen vornehmen. Diese lassen Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit sowie Teamentwicklung und Unterrichtsqualität scheitern. Parallel zur Inklusion entwickelt sich eine Mangelverwaltung aufgrund zunehmenden Stellenabbaus z.B. im Jugendbereich (in Mitte auf 300 Stellen abgebaut), in der Sozialassistenz und bei Schulhelfern. Wir können Inklusion nicht einseitig sehen. Alles ist miteinander verbunden. Die finanzielle Situation

von Berlin und die parallel einwirkenden Schwierigkeiten in der Schulsituation erschweren Inklusion in hohem Maße. Wir vergleichen uns oft mit den nordischen Ländern. Dort ist die personelle, räumliche und sächliche Ausstattung eine andere. Die Bevölkerungsdichte in Deutschland ist höher, als zum Beispiel in Schweden oder Norwegen.

Alle Beteiligten unterstützen Inklusion auf allen Ebenen. Der Weg zur Inklusion, der vollständigen Teilhabe in der Gesellschaft ist ein Entwicklungsprozess und bedarf entsprechender Qualität. Er ist nicht damit abgeschlossen, dass alle Schülerinnen und Schüler mit Förderschwerpunkten Regelschulen besuchen. Alle Kinder bedürfen individueller Förderung. Die Berücksichtigung des Elternrechtes allein realisiert eine bestmögliche Entwicklung jedes Einzelnen noch nicht. Dazu braucht es entsprechende Bedingungen, wie z.B. eine verlässliche Grundausstattung, die auch schon im vorhergehenden Gesamtkonzept der Senatsverwaltung zur Inklusiven Schule empfohlen, aber nicht ausreichend umgesetzt wurde. Derzeit wird die quantitative (Landkarte zur Inklusion) und qualitative Teilhabe mit gemeinsamem Lernen in Deutschland nicht vollständig erreicht. Das Erreichen eines Schulabschlusses kann nur durch den Besuch einer Regelschule nicht erreicht werden. Hier sind die Mitarbeit insbesondere der Eltern und entsprechende Unterstützungssysteme für bildungsferne Klientel erforderlich. Derzeit ist nicht jedes Kind inkludierbar, da wir noch nicht genügend Voraussetzungen geschaffen haben, auch im Rahmen der Berufsorientierung. Inklusion ist nicht nur im Bildungsbereich ein Thema!

Es reicht nicht nur Forderungen zu stellen, man muss sie auch umsetzen können. Wenn es uns wirklich um die vollständige Teilhabe geht, sollte es als Priorität betrachtet, angegangen und unterstützt werden. Inklusion birgt das Miteinander und die Teilhabe sowie Vielfalt aller in der Gesellschaft!